



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/108 - 11. Mai 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Moskaus Vorschläge - überraschend und umfassend	S. 1
Mittelstand - das Zünglein an der Waage/Bericht aus England	S. 3
Diskussion der Jugend um die Wehrfrage	S. 5
Pankow und Moskau	S. 7

Der neue Vorstoß aus dem Kretzl

sp - Die Entwicklung, die auf eine internationale Entspannung hindrängt, nimmt ein stürmisches Tempo an. Am Dienstag wurde bekannt, dass die Westmächte an Moskau die Einladung zu einer Begegnung "auf höchster Ebene", d.h. der Regierungschefs gerichtet haben. Am gleichen Tage überraschte die Sowjetunion die Weltöffentlichkeit mit konkreten und weitgehenden Vorschlägen für eine allgemeine Abrüstung und auch für die Behandlung des Deutschland-Problems, die fast wie eine Vorwegnahme des sowjetischen Verhandlungsprogramms für eine solche Konferenz anzusehen sind.

Obwohl man vielfach mit einem neuen Vorstoß der Sowjets nach ihrer Initiative in der Österreichfrage gerechnet hatte, haben Umfang und Bestimmtheit der Vorschläge im Westen Erstaunen hervorgerufen. Zwei Bemerkungen kehren in den ersten Kommentaren aus den westlichen Hauptstädten immer wieder: man werde die sowjetischen Vorschläge sehr sorgfältig prüfen, und der andere Hinweis: ein Einschwenken auf die westliche Linie sei in wesentlichen Punkten unverkennbar. Zunächst sprach es sich nur eine erste, nicht offizielle Stellungnahme aus den USA von der "Möglichkeit eines propagandistischen Schrittes."

Das Kernstück des sowjetischen Verhandlungsprogramms ist die Frage einer international kontrollierten, allgemeinen Abrüstung. In beiden Begriffen, dem "international kontrolliert" wie dem "allgemeinen"

11.5.1955

liegt ein wesentlicher Fortschritt, denn bisher hatte sich Moskau sowohl einer internationalen Kontrolle seiner Rüstungsproduktion widersetzt wie auch einer über die Atomwaffen hinausgehenden Begrenzung der herkömmlichen und der Mannschaftsstärken. Ein weiteres auffallendes Merkmal ist die starke Berücksichtigung der UNO und ihrer Einrichtungen als einer übergeordneten Instanz mit weitgehenden Kontrollbefugnissen. Die sowjetischen Vorschläge gehen so sehr ins Einzelne, dass sie zum Beispiel bereits neben einer stufenweisen Abrüstung auch die Einrichtung von Kontrollämtern in allen Ländern an den wichtigsten Punkten, wie Häfen, Eisenbahnknotenpunkten, Autostraßen, Flugplätzen vorsehen. Auch in der Forderung, die vier Großmächte sollten ihre Truppen aus Deutschland bis auf ein begrenztes Kontingent zurückziehen und in beiden Teilen Deutschlands nur örtliche Polizeikräfte in bestimmten Umfang unter Vier-Mächte-Kontrolle belassen, stellt einen gewissen Fortschritt gegenüber der früheren Auffassung dar, dass ein Abzug aller Besatzungstruppen den Wiedervereinigungsprozess einzuleiten habe.

Was diese Vorschläge im Einzelnen zu bedeuten haben, wird noch sehr genau zu prüfen sein. Wird es zu einer solchen ernsthaften Überprüfung kommen? Die Einladung zu einer Konferenz der vier Regierungschefs an Moskau geht vor allem darauf zurück, dass sich in der Einstellung der maßgebenden konservativen Politiker Englands ein Wandel vollzogen hat. Edens Auffassung ging bis vor kurzem und in klarem Gegensatz zu der Meinung Winston Churchills dahin, dass es nicht zweckmäßig sei, in möglichst naher Zukunft eine Konferenz der vier Regierungschefs stattfinden zu lassen. Die überwiegende Mehrheit in der britischen Bevölkerung, weit über den Kreis der Labour-Anhänger hinaus, verlangt aber immer stürmischer nach solchen Verhandlungen. Dem glaubte sich Eden und sein konservatives Kabinett am Vorabend britischer Unterhauswahlen nicht entziehen zu können.

In diesem Motiv liegt die Gefahr, dass die britische Politik ihr jetzt laut verkündetes Ziel nicht mit dem letzten Ernst, der geboten erscheint, ansteuert. Es liegen schon Stimmen vor, die geradezu von einer "Spekulation auf einen Misserfolg" der Vier-Mächte-Konferenz sprechen. Die westdeutsche Wiederaufrüstung und ihre möglichen Folgen stößt bei den Massen des britischen Volkes auf heftigen Widerstand. Bevor dieses Experiment also unwiderruflich wird, soll nun offenbar nach der Vorstellung dieser Politiker eine gescheiterte Vier-Mächte-Konferenz den Nachweis bringen, dass die westdeutsche Wiederbewaffnung ein notwendiges Übel ist.

Eine der wichtigsten und verhängnisvollsten Folgen des letzten Krieges war die Aufspaltung der Welt in zwei einander heftig befehdende Machtblöcke. Das Bemühen, diese Erbschaft zu liquidieren, ist heute, unter dem Alpdruck eines Atomkrieges, universal. Die Regierungen müssen mit dieser Furcht ihrer Völker rechnen. Vielleicht wird dieser Umstand stärker als jede andere Tatsache oder Überlegung dafür sorgen, dass die Staatsmänner auf der kommenden Viererkonferenz anders als vor fünfvierteljahrhundert in Berlin nach wirklich tragfähigen und dauerhaften Lösungen suchen. Die sowjetischen Vorschläge, die jetzt der Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind, geben, wie immer man sie im einzelnen beurteilen mag, einen durchaus brauchbaren Ansatzpunkt für eine solche internationale Anstrengung ab.

* * *

- 3 -

11.5.1955

Das Verben um die Mittelschichten

E.A., London, Mitte Mai

Je näher die englischen Parlamentswahlen rücken, desto stärker befasst man sich mit der Frage: "Wohin bewegt sich das politische Treibholz oder wie man hier sagt "The floating voter", der sich treiben lassende Wähler? Das Treibholz wird häufig in den Mittelschichten gesucht; niemand kann allerdings beweisen, dass der Mittelstand als solcher aus Treibholz besteht. Er hat eine feste Schicht konservativer Anhänger - und in einzelnen Kategorien fast eine ebenso beständige Anhängerschaft an Labour. Trotzdem kam der Hauptzuwachs in konservativen Stimmen seit 1945 aus den Mittelschichten. Dabei aber hat Labour nur unmerklich an Mittelstandsstimmen verloren.

In der in England üblichen politischen Terminologie bezeichnet man als middle class alle die, die sich nicht selbst zur Klasse der Lohnarbeiter zählen. Zur Arbeiterklasse rechnet man nur die Lohnempfangenden Handarbeiter; die Kopfarbeiter und die Stehkragenproletarier sind "Mittelschicht". Zu ihr gehören mit Ausnahme der verschwindend kleinen "Oberklasse", deren Stimmen numerisch überhaupt nicht ins Gewicht fallen, alle vom selbständigen Geschäftsmann und Landwirt an über die kleinen Geschäftsleute bis hinunter zu den Handelsreisenden, Stenotypistinnen und dem Verkaufspersonal. Sie stellen mit ihren Angehörigen rund 10 Millionen Wähler von den 54 Millionen Wahlberechtigten in Großbritannien. Die Handarbeiter und ihre Angehörigen stellen demgegenüber 22 Millionen Wähler, die 1951 bei einer 80 prozentigen Wahlbeteiligung 11 Millionen Stimmen für Labour und sechs Millionen Stimmen für die Konservativen abgaben.

Da aus der hochorganisierten Klasse der Handarbeiter schwerlich ein Überwecheln von Stimmen zu erwarten ist, müssen sich alle Prognosen über den wahrscheinlichen Wahlausgang hauptsächlich auf Untersuchungen der Stimmung in den Mittelschichten stützen.

In den letzten zwanzig Jahren ist die englische "Mittelklasse" um rund drei Millionen angewachsen, meist Gehaltsempfänger in Verwaltung-

gen, Büros und den unteren geistigen Berufen. Sie verdienen gewöhnlich kaum mehr als gelernte Arbeiter, manchmal sogar weniger. 1945 stimmten von ihnen 1,44 Millionen Labour, 1951 rund 1,13 Millionen. Das heißt also, Labour hat unter ihnen einen festen Stamm, der sich von der sonstigen Stimmung im Lande nicht beeinflussen ließ. Im Durchschnitt erhielten die Tories 1945 Zweidrittel aller Stimmen der Mittelschichten, 1950 erhöhten sie ihren Anteil auf 75 Prozent und 1951 vergrößerten sie ihren Vorsprung weiter, indem sie fast achtzig Prozent der Mittelstandsstimmen auf sich vereinigten.

Nach welchen Gesichtspunkten haben sich die Mittelstandswähler entschieden? Befragungen der öffentlichen Meinung und eingehende Studien von Sozialwissenschaftlern haben festgestellt, dass sich neunzig Prozent aller Abstimmenden bei der Wahl ihrer Partei von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflussen lassen. Nur zehn Prozent der Wählerschaft entscheidet sich nach außenpolitischen, ethischen, moralischen usw. Anschauungen. Die Labouranhänger der Mittelschichten rekrutiert sich daher vorwiegend aus solchen Wählern, deren Einkommen so niedrig sind, dass sie mehr vom gebührenfreien Gesundheitsdienst, der Sozialversicherung usw. profitieren, als sie von einer Einkommensteuersenkung erwarten könnten. Butler's Geschenk an die Einkommensteuerzahler dürfte also bei dieser Schicht verlorene Liebesmühe darstellen, und Labour wird wahrscheinlich seinen Stimmanteil in den unteren Einkommenschichten der Mittelschichten behaupten.

Wer aber wird dann die Wahlen vom 26. Mai entscheiden? Es sind die Nichtwähler - und diejenigen, die diesmal Liberal wählen werden. Die Liberalen haben diesmal 105 Kandidaten aufgestellt. Sollten sich für diese jene Wähler entscheiden, die, weil es 1951 in ihren Wahlkreisen keinen liberalen Kandidaten gab, konservativ oder sozialistisch gewählt haben, dann könnte das den Wahlausgang erheblich beeinflussen. Wahrscheinlich würden sogar die Konservativen davon die Hauptleidtragenden sein, weil sich der Gallup Polls zufolge die Liberalen gewöhnlich mit zwei zu eins Präferenz für die Tories entschieden hatten.

* * *

- 5 -

Bundesjugendring gegen Militarismus

H.W. Eindeutig war die Aussage aller demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik, als sie sich auf ihrer 12. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes in Stuttgart gegen das Wiederaufleben des Militarismus aussprachen. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Mitglied des Verbandsvorstandes der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken, referierte zu diesem Thema.

Er legte in einem umfassenden geschichtlichen Rückblick dar, dass der Militarismus in Deutschland die Folge einer tragischen geschichtlichen Entwicklung ist. Er wurde - ausgehend von dem Preussentum - zur beherrschenden Gefahr, als der Versuch wertvoller Kräfte des deutschen Bürgertums in 19. Jahrhundert scheiterte, die Formierung eines Nationalbewußtseins mit einschneidenden Reformen der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbinden. Der strenge Sittenkodex des Schwert- und Beamtenadels im alten Preussen zerfiel. Die Chance, in breiten Kreisen des Volkes ein echtes Selbstbewußtsein und ein staatstragendes Denken zu entwickeln, war verspielt. Die nationalistische Ersatzreligion eines deutschen Imperialismus wuchs und trat in direktem Gegensatz zu der wachsenden Schicht der Industriearbeiterschaft. Die Militärkaste stemmte sich trotz hoher Bildungsvoraussetzungen und militärpolitischer Einsichten nicht gegen diese Entwicklung, sondern nahm die daraus für sie erwachsenden Vorteile an Beförderung, Auszeichnung und Machtzuwachs gern wahr. So trieb dieser deutsche Nationalismus in seiner Überspitzung unser Volk in beide Weltkriege und ließ in der Nazizeit die niedersten Instinkte triumphieren.

Verträgt die Demokratie den Militärapparat?

Auch das Jahr 1945 brachte nicht, so sagte Heydorn, die entscheidende Einsicht und Wende. Der Bruch mit der Vergangenheit, der die entscheidende Voraussetzung für einen Neubeginn sein müßte, vollzog sich nicht. Die allgemeine Tendenz, sich bei niemandem und für nichts zu engagieren, leistet neuen militaristischen Tendenzen Vorschub. Sehr schnell können dadurch die gutgewillten demokratischen Kräfte in die Radikalisierung gedrängt werden. Den Jugendverbänden legte Heydorn die Frage vor, ob unter diesen Voraussetzungen die noch in der Anfangsentwicklung stehende deutsche Demokratie in der Lage wäre, einen neuen militärischen Apparat zu ertragen und in die Demokratie einzuordnen. "Was werden sie tun, die 1945 den Uniformrock auszogen, wenn sie wiederkommen. Werden sie uns regieren wollen? Werden sie sich regieren lassen? Von wem werden sie sich regieren lassen?" so fragte Heydorn die Versammlung.

Eine lebhafte Diskussion folgte. Während der evangelische Vertreter, Pastor Arnold Dannermann, das geschichtliche Bild Heydorns nicht vollständig fand und Ergänzungen wünschte, während ein Vertreter der deutschen Jugend des Ostens den vergeblichen Versuch unternahm, der deutschen Sozialdemokratie die Schuld für die deutsche Entwicklung in

11.5.1955

die Schuhe zu schieben, richtete sich die Tendenz der katholischen Sprecher auf die Meisterung der Gegenwart, ausgehend von der Tatsache der Pariser Verträge. Man müsse durch Erziehung in den Jugendverbänden, durch die gesetzliche Verankerung der Armee in der Demokratie und durch Einflussnahme auf das "Innere Gefüge" die schwierige Lage erträglich machen.

Sie mußten sich vom Sprecher der Sozialistischen Jugend sagen lassen, dass es darauf ankomme, zuerst die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die unser Land überhaupt in die Lage brächte, eine Armee ertragen zu können. Ein Land, das 10 Jahre nach Ende des Krieges die Wiedergutmachung für die Opfer des Naziterrors noch nicht geregelt hätte und andererseits mit einem Feldmarschall Schörner nicht fertig würde, ein Land, in dem ein zehntausendjähriges Schulchaos herrscht, in dem noch nicht einmal der Jugendarbeitsschutz gut geregelt wäre, ja in dem die alte Militärkaste soweit sie übrig geblieben sei, nach wie vor ihre gesellschaftlichen Machtpositionen im Besitzbürgertum und auch noch im Großgrundbesitz hätte, hätte nicht die Tragkraft, durch den Stolz seiner freien Bürger gegenüber der Uniform das Primat der Politik vor dem militärischen Primat zu festigen.

Warnung vor Illusionen

Man ginge von falschen Voraussetzungen aus, wenn man behauptete, ein Volk schicke sich eben nur an, sich zum Schutz gegen eine Gefahr zu bewaffnen. Es handele sich nur um ein halbes Volk. Der andere Teil hätte hinter den Eisernen Vorhang nicht die Möglichkeit der freien Mitentscheidung. Alle nationalpolitischen Probleme unseres Volkes, besonders die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, seien bisher ungelöst. Es wäre illusionär, zu glauben, dass durch formalrechtliche Festlegungen bei der Offiziersauswahl und durch ein "demokratisiertes" inneres Gefüge der Armee die vor uns stehenden Probleme lösbar seien. Heinz Westphal rief dem anwesenden Graf Baudissin zu: "Sie haben mir einmal gesagt, dass auch Sie in den Widerstand gehen würden, wenn Sie nicht mehr daran glauben würden, dass die Armee in dieser Teilstaat Bundesrepublik in die Demokratie einzuordnen sei. Sie müssen mir abnehmen, dass ich bereits jetzt nicht daran glaube und deshalb mit aller Entschiedenheit politischen Widerstand leiste."

*

*

*

- 7 -

Nuancen in der Tonart

BZ - Berlin

Bei den Ostberliner Kundgebungen anlässlich des 10. Jahrestages der "Befreiung" wurde ein nicht zu übersehender Unterschied deutlich, der zwischen Pankow und Moskau in der Beurteilung der "neuen Lage" besteht, wie sie durch die Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden der Pariser Verträge geschaffen worden ist. Ohne Zweifel ist Moskau entschlossen, durch die Bildung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos des von Moskau dirigierten Ostblocks, ein Gegengewicht gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO zu bilden. Die politischen Folgerungen aber, die von der SED-Führung nur allzu gern demonstrativ in den Vordergrund gestellt würden, bleiben nach wie vor für den Kreml offen.

Während der SED-Chef Ulbricht erklärte, er sei von dem "endgültigen Sieg der friedliebenden und demokratischen Kräfte in ganz Europa" überzeugt, also von der Eroberung auch Westdeutschlands durch die von Pankow gesteuerte kommunistische Infiltration, beschränkte sich der stellv. sowjetische Ministerpräsident Perwuchin unter Vermeidung allzu aggressiver Töne gegen den Westen auf die Feststellung, dass die "wichtigste Voraussetzung für die weitere Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen die richtige Lösung der Deutschlandfrage ist". Er fügte schließlich seiner Feststellung noch hinzu, dass ein "dauerhafter Frieden nur durch ein System der kollektiven Sicherheit aller europäischen Staaten gewährleistet sei, unabhängig von der Unterschiedlichkeit ihres gesellschaftlichen und staatlichen Aufbaus, unter Beteiligung beider Teile Deutschlands und später auch des vereinigten Deutschlands". Auch der Vertreter des sowjetischen Militärs, Shukow, beschränkte sich auf die Erklärung, dass die Entwicklung im Westen den "Weg zu einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands versperre." Von den ultimativen Forderungen, wie sie am Vorabend des Gedenktages des 8. Mai von Grotewohl und während der Kundgebung von Ulbricht vorgebracht wurden, ist in den Äußerungen der sowjetischen Gäste kein Wort zu hören.

11.5.1955

Gewis, auch der sowjetische Abgesandte Pegguchin versicherte in seinen beiden Reden dem Pankower Regime die "Unterstützung der Sowjetunion", aber im Gegensatz zu den aggressiven Tönen der Ulbricht und Grotewohl betonte er lock demonstrativ, dass die "Deutschlandfrage, ähnlich wie das Österreich-Problem, eine Lösung auf dem Wege von Verhandlungen möglich mache, bei denen die interessierten Seiten in der Tat ein Übereinkommen anstreben und guten Willen zeigen". Die Nuancen im Tenor der sowjetischen und der SED-Redner zeigen offensichtlich, dass Moskau hinsichtlich der endgültigen politischen Entscheidung noch auf der Stelle tritt.

Wenn sich am 11. Mai in Warschau die militärischen Experten der Ostblockländer zur Entscheidung über militärische Gegenmaßnahmen gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik zusammenfinden werden, dann dürfte das nur Entscheidungen im militärisch-technischen Sinne betreffen. Im politischen Bereich der großen endgültigen Entscheidungen jedoch hat sich die sowjetische Tendenz weiter als wandlungsfähig erwiesen. Diese Beobachtung paßt in den Rahmen jener Eindrücke, die andeuten, dass Moskau zu einem entscheidenden Wandel seiner außenpolitischen Methoden in der ganzen Welt bereit zu sein scheint. Auf die Deutschlandfrage übertragen würde das bedeuten, dass der Krenl von dem Bestreben der absoluten Beherrschung der Vorgänge in Deutschland zu der Tendenz übergegangen ist, sich mit einer Garantie seiner berechtigten Sicherheitsbedürfnisse zu begnügen.

Hier liegt die einzige Chance des Westens, fern von den bisherigen Wunschträumen durch realpolitische Überlegungen und Entscheidungen das europäische Schiff wieder flott zu machen. Im Übrigen hat, wie die Berliner Kundgebungen gezeigt haben, Moskau die Bedenken gegen eine vollberechtigte Aufnahme der Sowjetzone in den Ostblock nicht ganz beschwichtigen können. Es ist sicher kein Zufall, dass die Prager Regierung, die bisher schon immer Argwohn gegen die nationalistischen Tendenzen Pankows hegte, ihre Glückwunschsadresse in Ostberlin nur durch ihren Botschafter, nicht aber durch eine offizielle Erklärung der Regierung und des ZK der Prager KP anbringen ließ. Schließlich konnte es auch nicht unbemerkt bleiben, dass die tschechische Regierung im Gegensatz zu den anderen Ostblockregierungen bei den Ostberliner Feierlichkeiten nicht durch den Verteidigungsminister vertreten war. - - - - -

Verantwortlich: Peter Raukau